



Presseschau vom 22.07.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die ultrarechte ukrainische Nationalistenorganisation Rechter Sektor hat bei ihrem Kongress in Kiew eine Aufhebung der Minsker Vereinbarungen gefordert, berichtet die ukrainische Zeitung „Westi“. Eine weitere Forderung bestand in der Verhängung des Kriegszustands im Lande.

Der Anführer der rechtsextremistischen ukrainischen Organisation Rechter Sektor, Dmitri Jarosch, verkündete am Dienstagabend eine „neue Etappe der Revolution“.

Wie er vor mehreren Tausend seiner Anhänger in Kiew erklärte, wird Rechter Sektor am Mittwoch über seine Stäbe mit der Vorbereitung eines Referendums über das Misstrauen gegenüber der ukrainischen Regierung. Die Bewegung, die sich bisher als militärpolitisch bezeichnet hat, soll in die nationale Befreiungsbewegung Rechter Sektor umbenannt werden.

Die Kundgebung verlief friedlich. Der Verkehr in der zentralen Kreschtschatik-Straße wurde nicht umgeleitet. Auf dem Maidan-Platz gab es erstaunlicherweise so gut wie keine Vertreter der Sicherheitskräfte.

Der Rechte Sektor hatte im Januar und Februar 2014 aktiv an den Krawallen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew teilgenommen, die den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch zur Folge hatten. Im November 2014 stuft das Oberste Gericht Russlands den Rechten Sektor als eine terroristische Organisation ein und verbot ihre Tätigkeit auf dem Territorium der Russischen Föderation.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30339/10/303391091.jpg>

De.sputniknews.com: Die durch Artilleriebeschuss beschädigten Wasserversorgungsanlagen in der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk werden möglicherweise mit deutscher Finanzunterstützung wiederhergestellt, wie Wladislaw Dejnego, Lugansker Vertreter in der Ukraine-Kontaktgruppe, am Mittwoch sagte.

„Die Wasserversorgungsanlagen einer Filterstation, die wiederhergestellt werden müssen, sind bereits bestimmt“, wird Dejnego vom Lugansker Informationszentrum zitiert.

„Dies kann zum Teil mit Geldmitteln verwirklicht werden, die von Deutschland bereitgestellt sind, damit einige Ortschaften der Volksrepubliken Lugansk und Donezk mit ausreichend Wasser versorgt würden.“

Dieser Vorschlag hätten Vertreter der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) befürwortet. Eine schriftliche Zustimmung der Ukraine stehe noch aus, so Dejnego.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30339/22/303392213.jpg>

Dan-news.info: Die Hälfte der Ernte der Frühkulturen haben die Landwirte im Nowoasowskij-Bezirk bereits eingeholt, berichtete der Leiter der Koordination für die Arbeit mit den

Landwirten des Bezirks Oleg Andrienko.

„Wir haben als erste mit der Ernte begonnen. Mehr als 40 Erntemaschinen sind auf die Felder gefahren. Es ist wahr, ihre Arbeit wurde einige Male durch Regen unterbrochen. Mit dem wieder aufgekommenen sonnigen Wetter hat die Ernte wieder an Geschwindigkeit zugenommen. Heute hat sie bereits ihren Äquator erreicht – die Hälfte der mit Getreide bebauten Flächen ist abgeerntet“.

Nach seinen Worten haben die Landwirte des Bezirks vor, mit eigenen Kräften zurecht zu kommen, ohne auf die Hilfe der Nachbarn – der russischen Kollegen aus dem Rostower Oblast – zurückzugreifen. Zur Aufnahme des Getreides wurden im Bezirk rechtzeitig Lagerplätze bereit gestellt.

Als Reserve haben die Landwirte ein Lager der örtlichen Futtermittelfabrik für 10.000 Tonnen Getreide wiederhergestellt, das mit Trockner ausgestattet ist. Jetzt haben die Landwirte eine Absprache dort das geerntete Getreide zu lagern.

An der Spitze liegen bei der Ernte im Bezirk die Betriebe „Jug“ und „Rossija-Nowa“. Der mittlere Ertrag liegt in der Region bei Weizen bei 35 Zentner pro Hektar.

Parallel bereiten die Betriebe des Nowoasowskij-Bezirks den Boden für die bevorstehende Herbstaussaat vor. Hier findet das Pflügen der Felder statt, die zuvor mit Erbsen bepflanzt waren, sowie der vorhandenen Brachen und Halbbrachen.

Rusnext.ru: Ein Einwohner von Saporoshe schoss einen Grenzer in der Region Rostow nieder

Ein Bürger der Ukraine wird des Überfalls auf den russischen Grenzposten verdächtigt, er floh vom Ort des Geschehens, berichtet LifeNews.

Zwei unbekannte Personen griffen den russischen Grenzsoldaten im Dorf Lysogorka des Kuibyschew-Bezirks im Gebiet Rostow an. Der Grenzschutzbeamte patrouilliere das Gebiet und bemerkte irgendwann die verdächtigen Personen.

„Bei dem Versuch, die Identität der Unbekannten festzustellen, zog einer der Männer eine Pistole und feuerte auf den Mitarbeiter der bewaffneten Organe“, sagte eine Quelle der Agentur LifeNews. „Zurzeit wurde im Bezirk der Plan „Abfangen“ eingeführt.“

Nach vorläufigen Informationen sind beide Angreifer Bewohner der Region Saporoshe der Ukraine, und im Moment sind sie in Richtung Rostow-am-Don unterwegs. Der Mitarbeiter des Grenzschutzes hat überlebt.



http://rusnext.ru/sites/default/files/pistolet_vystrel_0.jpg

Novorossia.su: Das ukrainische Militär beschoss an diesem Morgen das Kiewsky-Wohngebiet von Donezk. Dies wurde aus der Stadtverwaltung gemeldet.

"Am 22. Juli um 06.30 Uhr von der ukrainischen armee Kiewky-Bezirk beschossen..

Registriert wurde ein Volltreffer auf der Artjom-Straße (1 Haus)", hieß es in der Erklärung.

Nach bisherigen Erkenntnissen gab es keine Opfer infolge des Beschusses. Wie der

Korrespondent von DAN Valentin Levchenko ergänzte, traf die Granate ein neun-etagiges Hochhaus und beschädigte drei Wohnungen. Details werden noch ermittelt. Levchenko befindet sich derzeit vor Ort.



http://novorossia.su/sites/default/files/651235_0.jpeg

De.sputniknews.com: Erstmals seit geraumer Zeit haben die Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach eigenen Angaben keine Verstöße gegen den Waffenstillstand in Donezk registriert. Zuvor sei ein kontinuierlicher Rückgang der militärischen Aktivitäten verzeichnet worden.

Dies bestätigten auch Vertreter eines Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrums (GKKZ), das sich aus ukrainischen und russischen Offizieren sowie aus Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zusammensetzt und parallel zur OSZE die Waffenruhe in der Ost-Ukraine überwacht.

Die Lage im Gebiet Lugansk wird von der OSZE-Beobachtermission ebenfalls als „verhältnismäßig ruhig“ bezeichnet. Die Verletzungen des Waffenstillstandes seien äußerst selten.

Die ukrainischen Truppen seien am Südwestrand des Dorfes Schirokino unweit der Hafenstadt Marioupol, das entmilitarisiert werden soll, nach wie vor präsent. Weder Verbände der selbsterklärten Volksrepublik Donezk noch zivile Einwohner seien dabei von OSZE-Beobachtern gesichtet worden.

An der Trennlinie sei zugleich eine geringe Anzahl von Kriegsgerät registriert worden, welches von den Minsker Friedensvereinbarungen verboten sei, heißt es im Bericht. Eine OSZE-Drohne sei außerdem über dem von der Donezker Volkswehr kontrollierten Gebiet elektronisch angegriffen worden.

De.sputniknews.com: Die Kontaktgruppe für die Konfliktregelung in der Ukraine hat bei einem Treffen in Minsk den Abzug von Panzern und schweren Artilleriewaffen von der Trennlinie vereinbart, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Mittwoch.

Der OSZE-Vorsitzende Ivica Dacic teilte mit, dass das entsprechende Abkommen jetzt ratifiziert werden müsse. Darüber hinaus seien bei den Minsker Gesprächen „Fortschritte in politischen, humanitären und wirtschaftlichen Fragen gemacht“ worden.

Ein weiteres Thema seien die für Herbst geplanten Kommunalwahlen in der Ukraine gewesen, fuhr Dacic fort. „Bis dahin müssen ihre Bedingungen mit allen Seiten (Kiew und beide abtrünnigen Republiken) vereinbart werden. OSZE-Beobachter müssen dabei sein.“ Eine Quelle in der Kontaktgruppe verriet, dass sie voraussichtlich Ende Juli bzw. Anfang August wieder zusammenkommen werde.

Die Behörden der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten bereits am

19. Juli verkündet, „im Rahmen einer einseitigen Friedensinitiative“ den Abzug der Artilleriewaffen mit einem Kaliber von weniger als 100 Millimeter um mindestens drei Kilometer von der Demarkationslinie begonnen zu haben. Der Sprecher des Donezker Verteidigungsministeriums, Eduard Bassurin, sagte, es handele sich unter anderem um 41 Panzer und 84 Schützenpanzerwagen.

OSZE-Vertreter bestätigten allerdings diese Behauptungen nicht. Der Chef der OSZE-Mission in der Ukraine, Alexander Hug, sagte am 20. Juli in einem dpa-Interview, es sei zwar tatsächlich eine intensivere Verlegung von Rüstungen festgestellt worden, was aber kein Beweis für ihren Abzug sei.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30332/60/303326029.jpg>

Dnr-online.ru: Mit Hilfe der Verhandlungen in Minsk muss ein Tribunal über die ukrainische Regierung erreicht werden, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Wenn wir ein solches Tribunal brauchen, dann ist Minsk die Stufe, über die es erreicht werden muss. Wir wissen gut von diesen Verbrechen, wir sehen, welche Zahl an Beweisen es gibt, deshalb müssen wir gehört werden. Unter den Beweisen sind mehr als 3000 Erklärungen von geschädigten Bürgern, die keine Angst haben ihre Informationen zu veröffentlichen und an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu geben. Es handelt sich um Schäden an der Gesundheit, der Wohnung, des Eigentums, den Verlust von Verwandten“, sagte Denis Puschilin.

Er schlug auch vor, dass das Tribunal über die ukrainische Regierung nicht in Den Haag stattfinden soll, sondern in Minsk.

De.sputniknews.com: Die Situation um die Ermittlungen zum tragischen Absturz der Boeing 777 der Malaysia Airlines (Flug MH17) im Juli 2014 spannt sich an.

Wie die Zeitung "Nowyje Iswestija" am Mittwoch schreibt, hat die ukrainische Vizeministerin für EU-Integration, Jelena Serkal, behauptet, die niederländischen Behörden würden bereits am 10. August einen Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung vorlegen.

Die Niederländer haben diese Behauptung jedoch dementiert. Die Sprecherin des Sicherheitsrats der Niederlande, Sara Vernooij, teilte mit, dass der Bericht erst im Oktober veröffentlicht werde. Allerdings könnte auch Serkal nicht Unrecht haben: Möglicherweise meinte sie die Ergebnisse der so genannten „technischen Untersuchung“. Eine technische Kommission befasst sich damit, mit welchen Waffen die Boeing abgeschossen worden ist. Inzwischen hat der UN-Sicherheitsrat am Dienstag die Erörterung der von Malaysia vorgeschlagenen Einrichtung eines Tribunals zur MH17-Katastrophe, die bereits von der

Ukraine, Belgien und den Niederlanden befürwortet wurde, auf den 27. Juli verschoben. Dieser Beschluss könnte mit der Position Russlands zusammenhängen, das eine eigene Resolution zur Flugzeug-Tragödie initiierte. Darin erneuert Moskau seine Haltung: Solange die Ergebnisse der Ermittlungen unbekannt bleiben, sollte es keine Tribunale geben. Zudem sprachen sich die Russen für eine offeneren Untersuchung und die Ernennung eines zuständigen UN-Beauftragten aus.

Selbst wenn sich der UN-Sicherheitsrat mit der malaysischen Initiative befasst hätte, hätte Russland wahrscheinlich auf sein Vetorecht zurückgegriffen und die Verabschiedung dieser Resolution blockiert. Zudem haben die USA die Initiative Malaysias eher zurückhaltend kommentiert. Der Sprecher des US-Außenministeriums, John Kirby, sagte, es sei noch nicht die Zeit gekommen, eindeutig Stellung zum Thema MH17-Tribunal zu nehmen. De facto haben die Amerikaner dadurch Moskaus Position befürwortet.

Manche Experten schließen sogar nicht aus, dass es zwischen Moskau und Washington gewisse Vereinbarungen in Bezug auf die Flugzeug-Tragödie gibt. Der russische Politologe Fjodor Lukjanow verwies darauf, dass sich die USA sehr vorsichtig zu Ermittlungen unter der Leitung der UNO verhalten. „Solche Angelegenheiten auf politischer Ebene zu besprechen (und das Tribunal wäre nun einmal eine politische Aktion) – das haben die Amerikaner nicht gern.“

Egal wie, am 27. Juli wird der UN-Sicherheitsrat über das MH17-Tribunal abstimmen. Aber selbst wenn Kuala Lumpurs Initiative unterstützt werden sollte, wird die Einrichtung des Tribunals sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Zudem haben selbst die Niederländer nicht erklären können, wie die Aktivitäten des Tribunals mit der Tatsache korrelieren, dass die Ermittlungen noch nicht beendet worden sind.

Nachmittags:

Dan-news.info: Der gemeinnützige Fonds „Weißes Buch“ habe dem Ermittlungskomitee der RF 356 Fälle von Kriegsverbrechen der Führung der Ukraine und der Strafbataillone im Donbass übergeben, erklärte der Präsident des Fonds Konstantin Dolgow.

„Wir haben Material über 356 Fälle von Kriegsverbrechen an das Ermittlungskomitee der RF übergeben – von der obersten Führung der Ukraine bis zu einzelnen Leitern von Banden in der Art von „Asow“ und „Ajdar“, außerdem werden in den Materialien Mitglieder von Strafbataillonen aufgezählt“, erzählte er.

Wie der Präsident des Fonds erklärte, betrifft die gesammelte Information Verbrechen sowohl im Donbass als auch jenseits seiner Grenzen: in Odessa, Charkow und Kiew. Das Projekt „Weißes Buch“ hat im Juni 2014 die Arbeit begonnen. Zu Beginn wurde es geschaffen, um Informationen über Verbrechen der Kiewer Regierung zu sammeln und konkrete Personen festzustellen, die dafür die Verantwortung tragen. Später wurde ein gemeinnütziger Fonds eingerichtet, dessen Ziel es ist, den Einwohnern Hilfe zu leisten, die durch die Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte verletzt wurden sowie Kindern, deren Eltern durch die Angriffe getötet wurden.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Kulturministerium hat den französischen Schauspieler Gérard Depardieu und weitere 600 Personen auf eine Schwarze Liste von Künstlern gesetzt, die die nationale Sicherheit gefährden, wie das französische Portal Ouest-France am Mittwoch berichtete.

Der prominente US-amerikanische Regisseur Oliver Stone, der amerikanische Schauspieler Steven Seagal, der russische Schauspieler Alexej Batalow und der serbische Regisseur und Musiker Emir Kusturica sind von der ukrainischen Regierung ebenfalls zu „personae non grata“ erklärt worden.

Die Einreise in die Ukraine sei für die unerwünschten Personen verboten. Die Filme unter Teilnahme der in der Liste genannten Schauspieler würden in den ukrainischen Kinos nicht gezeigt. Außerdem sei es für ukrainische Medien verboten, ihre Namen zu erwähnen.

Der Grund bestehe darin, dass Gérard Depardieu, der seit 2013 die russische Staatsbürgerschaft besitzt, betont hätte, dass er „Russland und die Ukraine als Teil Russlands“ möge, so Ouest-France. Auch ist der Schauspieler als eifriger Anhänger des russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt.

Zuvor hatte das Kulturministerium der Ukraine die Sicherheitsbehörden ersucht, den Auftritt von Kusturica in Kiew zu verbieten. Die Behörde berief sich dabei auf zahlreiche Protestschreiben von Aktivisten und Kulturschaffenden gegen die Haltung des serbischen Regisseurs, der „wiederholt die Okkupationspolitik der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine sowie die Annexion der Krim öffentlich unterstützt hat“.

Nach Angaben des Portals wird die Schwarze Liste am 3. August auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Kulturministeriums veröffentlicht.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30339/88/303398812.jpg>

Dan-news.info: Die Einwohner der DVR haben schon zum Ende der Woche die Möglichkeit Obst und Gemüse mit einer Rabatt von 26 bis 60 Prozent vom mittleren Marktpreis zu erhalten, teilte das Ministerium für ökonomische Entwicklung der DVR mit.

„Das Programm „Soziales Gemüse“ beginnt am 24. Juli. Das Ziel ist die Absicherung der Einwohner mit wichtigen Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen. Die erste Handelsstelle zur Realisierung des Programms beginnt ihre Arbeit im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk am Platz der Bakuer Kommissare und ist am 24./25. Juli von 8 bis 18 Uhr geöffnet.“

Die Konzeption dazu wurde vom Ministerium bereits im März erarbeitet. Mit dem Anbau und Verkauf des Obstes und Gemüses für das Programm werden sich Unternehmen der Hauptstadt befassen.

Die Preissenkung erstreckt auf Kartoffeln, Tomaten, Melonen, Wassermelonen, Kürbisse, Auberginen und Paprika. Die Preise für das Obst und Gemüse wird 7 bis 12 Griwna pro kg betragen. „Kürbisse werden auf 47% verbilligt, Auberginen auf 26%, Paprika auf 34%, Tomaten auf 60%“. Ebenfalls werden Knollenzwiebeln und Tee erwartet, teilte das Ministerium mit.

Dnr-news.com: Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (NSDC) der Ukraine Alexander Turtschinov nannte die Aussage der Behörden von LVR und DVR zum Abzug der militärischen Ausrüstung das Kaliber von weniger als 100 Millimetern

"Blasphemie".

„Das ist Blasphemie“, sagte Turtschinov und fügte hinzu, dass die Volkamiliz „tagsüber den Abzug demonstriert, nachts jedoch alles wieder an seine Kampfpositionen zurückbringt“. Turtschinov erklärte dies vor Journalisten nach der Besichtigung der neuen militärischen Ausrüstung im Trainingslager der Nationalgarde der Ukraine in der Nähe von Kiew. Nach Turtschinovs Worten ist der Beweis dafür, dass die Miliz ihre Waffen nicht zurückgezogen habe, der angeblich konstante Beschuss von Positionen der ukrainischen Armee mit schweren Waffen.

"Um zu schießen benötigt man Ausrüstung, die kommt nicht aus dem Weltall geflogen. Leider befinden sich schwere Artillerie, Panzer, Mörser großer Kaliber weiterhin an der Frontlinie", sagte Turtschinov.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-07/1437555931_645813672.jpg

Dan-news.info: „Die Lage in der DVR bleibt schwierig. Die Intensität der Beschüsse durch die ukrainische Seite hat sich in den letzten 24 Stunden erhöht und beträgt 56 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung. Der Gegner verwendet weiterhin Artillerie“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Gemäß der Information des Ministeriums wurden 197 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 44 Panzergeschosse, 137 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm auf das Territorium des Donbass abgeschossen. Außerdem verwendeten die ukrainischen Truppe Antipanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen.

Beschossen wurden Golmowskij, Sajzewo, Shabithscewo, Kalinowka, Staromichajlowka, Schirokaja Balka, Donezk (die Bezirke Petrowskij und Kiewskij) und Gorlowka.

„Am stärken mit Artillerie und Granatwerfern wurden das Gebiet des Donezker Flughafens und die Ortschaft Spartak beschossen. Das Feuer kam aus Richtung Awdejewka und Opytnoje.“

Rusnext.ru: Gefunden wurde der "Mitsubishi" der Ukrainer, die einen russischen Grenzschützer niedergeschossen hatten.

Polizeibeamte fanden nach vorläufigen Informationen den roten "Mitsubishi", in dem die zwei nicht identifizierten Männer, die den russischen Grenzsoldaten im Dorf Lysogorka in der Region Rostow niedergeschossen hatten, geflohen waren. Allerdings konnten die Täter noch nicht festgenommen werden.

„Es wurde das verlassene Auto gefunden, ein roter "Mitsubishi", in dem die Angreifer geflohen waren“, sagte eine Quelle der Agentur LifeNews....

Der verletzte Grenzer – der Fähnrich Alexander M. - wurde mit einer Wunde am Schulterblatt

ins Krankenhaus eingeliefert. Wie LifeNews berichtet, zog einer der Männer eine Pistole und schoss, als er gebeten wurde, seine Dokumente vorzuweisen.

Dan-news.info: Die Milizen der DVR haben den Abzug von Panzern und Panzertechnik mit Waffen eines Kalibers unter 100mm abgeschlossen, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

„Der einseitige Abzug von Panzertechnik von den ruhigen Teilstücken der Frontlinie auf einen Abstand von 3km wurde abgeschlossen.“

Das Ministerium fügte hinzu, dass an den „heißen Punkten“ der Kontaktlinie Panzer und Panzertechnik geblieben sind. Die Rede ist von den Zonen nördlich von Donezk und Debalzewo.

Nach den letzten Angaben des Ministeriums haben die Streitkräfte der DVR in drei Tagen mehr als 300 Panzer und Panzerteckeinheiten abgezogen.

Rusnext.ru: Die ukrainische Armee hat gestern das Dorf Krutaja Gora im Slawjanoserbster Gebiet aus Panzerabwehrgeschützen beschossen. Dies berichtet die Volksmiliz der LVR. Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Mitgliedern der Volksmiliz gab es nicht.

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„In der Ortschaft Artjomowsk (20 km von der Kontaktlinie) wurden Artilleriesysteme 2S5 „Giazint“ und 2B8 „Tjulpan“ festgestellt. In der Ortschaft Nowobachmutowka (34 km von Donezk), 10 km von der Kontaktlinie, wurden zwei Grad-Systeme und vier Artilleriesysteme entdeckt.“

Der Kommandeur des Sektors „B“, der Generalleutnant der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak, gibt den Truppen Befehle, den Beschuss von Positionen und Wohngebieten der DVR fortzusetzen, trotz des Abzugs von Panzertechnik von der Kontaktlinie durch Donezk.

„Trotz der Anstrengungen, die durch internationale Organisationen und präzedenzlose Handlungen der Armee der DVR mit dem Ziel, das Sterben von friedlichen Einwohnern zu beenden, erfüllt der Kommandeur des Sektors „B“ Generalleutnant Chomtschak die verbrecherischen Befehle Kiews und gibt Befehle, die Zahl der Beschüsse auf Wohngebiete der Republik zu vergrößern.“

Basurin fügte hinzu, dass damit „dieser Kommandeur der Weltgemeinschaft die Haltung Kiews zur allgemeinen Sache der Herstellung von Frieden im Donbass demonstriert“, weil all dies auf dem Hintergrund eines einseitigen Abzugs von Panzern und Panzertechnik von der Frontlinie durch die Milizen erfolgt.

De.sputniknews.com: Die Ukraine will Reservisten als territoriale Verteidigungskräfte heranziehen. In den Medien werden die neuen Einheiten bereits als Partisanenarmee bezeichnet, schreibt die „Nesawissimaja Gaset“ am Mittwoch.

Diese Idee wurde in Kiew bereits vor mehr als einem Jahr diskutiert. Jetzt wurde sie wiederbelebt, weil die ukrainischen Behörden eine Ausweitung der Kampfgebiete befürchten. Der Ausgangspunkt einer neuen Kriegsphase könnte laut Kiew die Einrichtung des UN-Tribunals zur MH17-Katastrophe sein.

Wie es Ende der vergangenen Woche in New York hieß, soll die Einrichtung eines UN-Tribunals Ende Juli im UN-Sicherheitsrat erörtert werden. Malaysia, die Niederlande, Australien, Belgien und die Ukraine haben sich bereits dafür ausgesprochen. Dagegen ist

Russland.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte in einem CNN-Interview: „Nach der Untersuchung muss die zweite Etappe erfolgen – die Terroristen, die unschuldige Opfer töteten, zur Verantwortung zu ziehen. Wir unterstützen entschlossen die Einrichtung eines internationalen Tribunals. Wenn jemand diesen Prozess stoppen will, wird er dafür die Verantwortung übernehmen“.

Der ukrainische Präsident betonte im selben Interview, dass sich die Kämpfe im Donezbecken wegen der geplanten Erörterung der Resolution verschärft haben. „Ich habe Informationen darüber, dass es eine Intervention geben wird“, so Poroschenko.

Ein ukrainischer Militärexperte äußerte Zweifel, dass Poroschenkos erwähnte Intervention bedeuten könnte, dass Russland der Ukraine offiziell den Krieg erklärt. Stattdessen werde der so genannte Hybrid-Krieg fortgesetzt, und die Kämpfe im Donezbecken und Diversionen in anderen Regionen des Landes würden erneut aktiviert, so der Experte.

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, erhebt Anspruch auf das gesamte Donezbecken. „Wir bestehen darauf, dass die Minsker Vereinbarungen die einzige Möglichkeit einer friedlichen Konfliktregelung ist. Es ist die Möglichkeit, unsere vorläufig vom Feind besetzten Gebiete ohne großes Blutvergießen zurückzubekommen“, sagte Sachartschenko am Samstag.

Vor diesem Hintergrund brachte eine Gruppe von ukrainischen Abgeordneten den Gesetzentwurf „Über die territoriale Verteidigung“ in die Oberste Rada (Parlament) ein. Demnach können die ukrainischen Staatsbürger, die aus verschiedenen Gründen nicht in der ukrainischen Armee dienen können, sich den Reservisten der territorialen Verteidigung anschließen.

Laut dem ukrainischen Experten Juri Sirotnjuk handelt es sich bei dem Gesetzentwurf um die territorialen Verteidigungskräfte unter dem Dach der Nationalgarde, die dem Innenministerium untergeordnet ist. Dies hänge mit den Aufgaben der neuen Struktur zusammen – Schutz von wichtigen Objekten und der Bevölkerung. Dass sie dem Innenministerium untergeordnet sei, habe auch einen Nachteil. In einem Hybrid-Krieg müsse die territoriale Verteidigung dem Verteidigungsministerium untergeordnet sein, so der Experte.

Dnr-online.ru: Die Gewerkschaftsföderation der DVR hat einen Anfrage auf Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund als vollberechtigtes Mitglied gestellt. Die Gewerkschaftsföderation der DVR vertritt die Interessen der Mitglieder der Gewerkschaften, die auf dem Territorium der DVR leben und arbeiten.

Der Eintritt in die internationale gewerkschaftliche Arena wird den Vertretern der Gewerkschaften der DVR die Möglichkeit geben, öffentlich auf gleichberechtigten Grundlagen ihre Position bezüglich der sozialökonomischen und politischen Situation deutlich zu machen, die in der Republik entstanden ist.

„Das Ziel unserer Tätigkeit ist die Vertretung und Verteidigung der Rechte und Interessen der Mitglieder der Gewerkschaften, ihre Tätigkeiten zu konsolidieren, die auf eine Erhöhung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit der Bevölkerung der Donbass gerichtet sind. Deshalb nutzen wir alle Formen und Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes, der Status eines Mitglieds im Weltgewerkschaftsbund erlaubt es, auf internationaler Ebene die Rechte und Interessen der Werktätigen zu verteidigen und den Gewerkschaften aller Ländern unsere Auffassung zur Verteidigung unserer Bevölkerung deutlich zu machen. Die gewerkschaftliche Zusammenarbeit hilft heute das Vertrauen der Mitglieder der Gewerkschaften zu rechtfertigen und im Kampf für das Recht auf ein würdiges Leben und würdige Arbeit zu bestehen“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin.

Die Mitgliedschaft in einer solch bedeutenden internationalen Vereinigung gibt nicht nur die Möglichkeit auf internationaler Ebene Erklärungen mit Forderungen an die Ukraine abzugeben, die Wirtschafts-, Lebensmittel- und Transportblockade aufzuheben, sondern kann auch insgesamt die politische Anerkennung der DVR unterstützen.

De.sputniknews.com: Die Ukraine will laut Premier Arseni Jazenjuk mehrere Zollpunkte an der westlichen Grenze von einem britischen Unternehmen verwalten lassen.

„Gestern sind wir mit einem Unternehmen zusammengetroffen, einem britischen, das über erhebliche Erfahrungen bei der Verwaltung von Zollkontrollpunkten in Europa verfügt“, äußerte Jazenjuk am Mittwoch bei einer Regierungssitzung.

Heute habe das ukrainische Kabinett die Entscheidung getroffen, sofort eine Arbeitsgruppe einzurichten, um dem britischen Unternehmen eine Reihe von Zollstellen zur Verwaltung zu übergeben, so der Premier.

In Erwägung gezogen werden die Zollkontrollpunkte Transkarpatien, Lwiw, Volyn und Tschernowitz.

Vorrangig für den britischen Betreiber werde es sein, „an der ukrainischen Grenze eine elementare Ordnung zu schaffen“, so Jazenjuk. Es handle sich dabei in erster Linie um den Kampf gegen Korruption. Zudem sollen die Einnahmen erhöht werden.

„Wir erwägen die Übergabe der Zollstellen in allernächster Zeit“, fügte er hinzu.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30325/16/303251601.jpg>

Dan-news.info: Das Recht der Ministeriums für Wissenschaft und Bildung der Ukraine, die Titel und Abschlüsse von Hochschullehrern des Donbass abzuerkennen, ist eine Fiktion und widerspricht dem Recht, erklärte heute der Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaft, Professor Fjodor Barjachtar.

Das Bildungsministerium der Ukraine erklärte heute, dass 12 Hochschullehrern der „Donezker und Lugansker Oblaste“ ihr akademischer Rang aberkannt wurde, in Zusammenhang damit, dass sie ihrer Tätigkeit auf „okkupiertem Territorium“ nachgehen und „die Idee der DVR und LVR voranbringen“.

„Das Ganze ist eine Fiktion, populistische Maßnahmen, die auf psychologischen Druck abziehen. Einem Hochschullehrer seinen Titel zu entziehen, die er erhalten hat, kann nur der wissenschaftliche Rat, vor dem er die Titel verteidigt hat. Und ein Argument kann nur sein, dass die Arbeit des Hochschullehrers ein Plagiat ist, irgendwelche politischen Überzeugungen dürfen dort keinen Platz haben“, teilte er mit:

Barjachtar fügte hinzu, dass das Bildungsministerium der Ukraine zur Rechtfertigung seiner Handlungen die These von der fehlenden Akkreditierung der wissenschaftlichen Einrichtungen und der arbeitenden Hochschullehrer verwenden. Aber Professoren und Dozenten durchlaufen keine Akkreditierung, weil dieser Prozess sich nur auf Hochschulen bezieht. „Es ist das gleiche, als wenn man erklären würde, dass einem Menschen sein Abiturzeugnis entzogen würde“, unterstrich der Wissenschaftler.

De.sputniknews.com: In wenigen Tagen wird im Donbass der Abzug schwerer Waffen beginnen, worauf sich die Seiten beim gestrigen Treffen der trilateralen Ukraine-Kontaktgruppe in Minsk geeinigt haben, wie der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, am Mittwoch während seines Arbeitsbesuchs im ostukrainischen Sewerodonezk mitteilte. Obwohl die ukrainischen Militärs und die Volksmilizen den Abzug schwerer Waffen schon früher angekündigt hatten, werfen sie einander ständig vor, diese Waffen eingesetzt zu haben.

„Gestern waren unsere diplomatischen Bemühungen von Erfolg gekrönt. Gestern wurden in Minsk unsere Initiativen angenommen, und in wenigen Tagen beginnt der Countdown für den Abzug aller schweren Waffen unter OSZE-Kontrolle. Ich hoffe sehr darauf“, sagte Poroschenko.

Außerdem beauftragte Poroschenko Vertreter Kiews in der trilateralen Ukraine-Kontaktgruppe, unverzüglich ein Abkommen über die Schaffung einer 30 Kilometer langen Pufferzone entlang der Trennlinie mit der OSZE und Russland zu unterzeichnen, das ebenfalls der Gruppe angehört.

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben heute gegen 13 Uhr im Gebiet des Dorfes Obosnoje mit Maschinengewehren eine Reparaturbrigade der Gaswerke beschossen, teilte der Leiter des Stabes der Volksmiliz Sergej Koslow mit.

„In dem Gebiet haben ukrainische Soldaten um 13 Uhr Positionen der Volksmiliz und eine Reparaturbrigade der Gaswerke beschossen, die eine Gasleitung in Ordnung brachten. Das Feuer kam aus Richtung Stschastje mit Maschinengewehren“, teilte er mit.

Nach den Worten Koslows gelang es dank der koordinierten Aktionen der Soldaten der Volksmiliz die Mitarbeiter der Brigade aus dem Feuer zu bringen.

„In der Folge des Beschusses wurde niemand verletzt“, sagte er.

de.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und der Regierungschef Arseni Jazenjuk verlieren zunehmend die Gunst der Wähler. Davon profitiert Julia Timoschenko, deren Umfragewerte mit denen Poroschenkos nahezu gleichauf liegen. Laut der Umfrage eines Kiewer Meinungsforschungsinstituts vom 27. Juni bis 9. Juli würden 13,3 Prozent der Befragten für den Poroschenko-Block und 12,8 Prozent für die Partei Batkiwschtschina (Vaterlandspartei) von Julia Timoschenko stimmen. Das Bündnis Samopomitsch (Selbsthilfe) des Gouverneurs von Lwiw landete auf Platz drei mit 6,8 Prozent, gefolgt von der nationalistischen Radikalen Partei von Oleh Ljaschko (5,8 Prozent), dem rechtsradikalen Rechten Sektor (drei Prozent), der Partei Swoboda (Freiheitspartei) von Oleh Tjahnybok (2,2 Prozent) und der Volksfront von Premier Arseni Jazenjuk (1,6 Prozent)...

Lug-info.com: Ein Lager mit Munition, Schusswaffen und schweren Waffen, darunter auch aus US-Produktion, wurde bei der Untersuchung von Verschüttungen im Flughafen von Lugansk gefunden, teilte der Leiter der Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der LVR Leonid Tkatschenko mit.

„Mitarbeiter des Innenministeriums der LVR haben eine Operation zur Beschlagnahmung und Sicherstellung von gefundenen Feuerwaffen, Munition, explosivem Material und anderen Waffen durchgeführt.

Geleitet wurde die Operation vom stellvertretenden Innenminister der LVR Generalmajor Alexandr Nikolajenko.

„Das Wesen des ganzen Geschehens lag in folgendem: Bei der Untersuchung von Verschüttungen im Lugansker Flughafen wurde von Arbeitern ein Lager mit Munition, Schusswaffen und schweren Waffen gefunden, darunter aus US-Produktion. Der Zugang zu dem genannten Ort war bis dahin physisch nicht möglich, weil der Eingang in das Lager von Trümmern verschüttet war“, erklärte Tkatschenko.

Er erklärte, dass unter den gefundenen Waffen transportable Abwehrraketenkomplexe waren. „Insbesondere vermutlich Abwehrraketenkomplexe vom Typ „Stinger“. Alle angegebenen Gegenstände haben spezielle Markierungen und Bezeichnungen ihrer Zugehörigkeit zum „Verteidigungsministerium der USA“, sagte Tkatschenko. Zurzeit sind alle Waffen zur Untersuchung gegeben. Die Ermittlung befasst sich mit der Feststellung des Herkunftslandes und klärt auf, auf welche Weise sie in den Flughafen gelangten.



https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xtp1/v/t1.0-9/11224207_438050599719248_671605301266889588_n.jpg?oh=d492eac02973685b5ebef3cf1d702433&oe=56100D60

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in den letzten Tagen die Erkundungstätigkeiten auf dem Territorium der LVR mit Hilfe von Drohnen verstärkt, berichtete heute der Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Sergej Koslow. „Während sich die Intensität der Beschüsse des Territoriums der LVR vermindert, so hat sich die Erkundungstätigkeit von Seiten der ukrainischen Truppen nur verstärkt“, stellte er fest. Vor allem nachts, so Koslow, „schicken die ukrainischen Streitkräfte eine Drohne nach anderen mit dem Ziel der Erkundung und der Feststellung unserer Positionen los“. Er informierte auch die Lugansker, dass „die Schussgeräusche, die manchmal nachts am Rand der Stadt zu hören sind, genau mit der Vernichtung von solchen Drohnen zu tun haben“.

De.sputniknews.com: Der Donbass wird laut dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eine ukrainische Region bleiben, wie er es jetzt auch ist. „Der Donbass ist und bleibt ukrainisch und wird frei sowohl Ukrainisch als auch Russisch sprechen“, äußerte Poroschenko am Mittwoch in Sewerodonezk im Gebiet Lugansk. Kiew sei kein Befürworter des Krieges, sondern strebe nach Frieden, so Poroschenko. Eine politisch-diplomatische Regelung des Konflikts im Donbass sei alternativlos. „Ich glaube an eine Umsetzung des Friedensplans, er hat keine Alternative – es gibt keine Alternative für eine politisch-diplomatische Regelung.“ Sollte ein stabiler und sicherer Waffenstillstand im Donbass erreicht werden, wird es möglich sein, „im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum zu erreichen und erste Ergebnisse der Reformen zu verspüren“. Infolge des Ukraine-Konflikts ist nach seinen Worten die Industrieproduktion allein in der Region Lugansk um 86 Prozent zurückgegangen.

Die Regierung in Kiew hat 150 Millionen Griwna (rund 6,8 Millionen US-Dollar) für den Wiederaufbau von Wohnhäusern und Infrastruktur im Gebiet Lugansk bereitgestellt, teilte Poroschenko am selben Tag via Twitter mit.

Lug-info.com: Die Verwendung von Bartermethoden erlaubt es die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmer unter den begrenzten Möglichkeiten des Banksystems der LVR zu erleichtern, sagte der Vorsitzende des Budgetkomitees des Volkssowjets der LVR Pawel Malyj.

„Barterhandel erlaubt es, die wirtschaftliche Tätigkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen.“ Nach seinen Worten ist eines der Probleme der Arbeit der Unternehmer auf dem Territorium der LVR die unzureichende Entwicklung des Banksystems der Republik.

„Das Fehlen von bargeldlosen Transaktionen erlaubt es nicht, die Steuern exakt zu verwalten, außerdem verlangsamt es den Warenumlauf“, sagte Malyj.

„Ein Barterssystem erlaubt es uns, den Warenumlauf zu beschleunigen und unter den Bedingungen „der „Nichtanerkennung“ unserer Republik und von Schwierigkeiten von Import- und Exportoperationen den Markt besser mit verschiedenen Waren zu versehen“, fügte Malyj hinzu.

Abends:

De.sputniknews.com: Strukturen des ukrainischen Oligarchen Igor Kolomoiski haben die Ukraine vor dem Stockholmer Schiedsgericht verklagt. Laut dem Ex-Gouverneur des südostukrainischen Gebietes Dnepropetrowsk erwarten sie eine Entschädigung in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar.

Der Oligarch erklärte, dass seine Privat-Gruppe, die Teile der Stahl-, Öl-, Chemie- und Energieindustrie in der Ukraine kontrolliert, insgesamt zwei Klagen eingereicht hätte. Beim britischen Schiedsgericht hätte sie den nationalen Energieversorger Naftogas wegen Verletzung der Rechte von Aktionären verklagt. Beim Stockholmer Schiedsgericht werde der Staat Ukraine verklagt, und zwar für die Nichtbezahlung für Gas, so Kolomoiski weiter. Der Oligarch bestätigte, dass er eine Entschädigung in Höhe von etwa 5 Milliarden Dollar erwarten würde...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30162/26/301622608.jpg>

De.sputniknews.com: Die Konsulate einiger Schengen-Länder verweigern ukrainischen Bürgern bewusst Mehrfachvisa, schreibt die „Ukrainskaja prawda“ unter Berufung auf den ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin.

Ihm zufolge fordert das ukrainische Außenministerium von den Konsulaten nachdrücklich, die herkömmliche Praxis wieder aufzunehmen.

Nach Angaben der „Ukrainskaja prawda“ haben 16 Schengen-Länder, darunter die Schweiz, Finnland, Spanien, Portugal, Griechenland, Schweden und Belgien, im vergangenen Jahr viele Einreiseanträge abgelehnt.

Zudem fordern die Konsulate laut der ukrainischen Zeitung „Westi“ von den Antragstellern, Papiere vorzulegen, die nicht auf der Pflicht-Liste stehen. Dazu gehören Eigentumspapiere für Immobilien bzw. Kraftfahrzeuge und anderes mehr. Außerdem werden die Einkommenspapiere und die Bescheinigungen von Arbeitsstellen auf Echtheit geprüft. Wie die „Ukrainskaja prawda“ schreibt, wird zur Begründung dieser Forderungen auf die Befürchtung hingewiesen, dass die Ukrainer ihre Touristenvisa für Asylersuchen nutzen könnten.

Dabei werden Schengen-Visa für russische Bürger wie bislang problemlos ausgestellt. Laut der Zeitung wurde im vergangenen Jahr nur ein Prozent der Visa-Anträge abgelehnt. Mehrfachvisa würden in 60 Prozent der Fälle erteilt, heißt es.

Novorossia.su: Die ukrainischen Sicherheitskräfte setzen den Beschuss der Außenbezirke der Stadt Gorlowka in der Region Donezk fort. Dies wurde durch die Vertreter der Miliz der DVR angegeben.

"Vor einer halben Stunde, begann der Beschuss der nördlichen und nordwestlichen Stadtränder. Nun hat sich die Intensität des Feuers erhöht. Nach unseren Annahmensetzen sie Panzer ein. Es klingt wie Panzerwaffen - etwas Schweres. Der Beschuss wird von Dzerzhinsk und Majorsk ausdurchgeführt", gibt die Nachrichtenagentur RIA Novosti die Worte des Vertreters der Miliz wieder.

Zuvor hatte die ukrainische Armee den Kiewskij-Bezirk der Hauptstadt der DVR beschossen, dadurch wurden zwei Wohnhäuser beschädigt. Dies wurde aus der Presse-Abteilung der Stadtverwaltung Donezk gemeldet....

De.sputniknews.com: Die selbsterklärte Donezker Volksrepublik (DVR) hält die Erklärung der OSZE, laut der ihre Mission im Osten der Ukraine keinen Abzug schwerer Waffen, sondern nur Waffenbewegungen beobachtet habe, für politisch motiviert, wie der DVR-Beauftragte für

die Minsker Verhandlungen, Denis Puschilin, am Mittwoch dem Fernsehsender „Rossija-24“ sagte.

Die Milizen der DVR haben nach eigenen Angaben den Abzug leichterer Waffen aus dem Frontgebiet abgeschlossen. Mörser, Panzer und andere Waffen mit einem Kaliber von unter 100 mm wurden überall, außer in den unruhigen Abschnitten, drei Kilometer von der Frontlinie zurückverlegt.

Laut Alexander Hug, dem Vizechef der speziellen OSZE-Beobachtermission, hat die Mission Bewegungen schwerer Waffen auf der Seite der Volksmilizen beobachtet, die jedoch nicht als Waffenabzug zu betrachten seien.

„Ich bin mir dessen bewusst, dass dies eine politisch motivierte Erklärung ist. Und eine adäquate Darstellung konkreter Handlungen wäre der friedlichen Lösung dieser Frage förderlich. Das waren keine Waffenbewegungen schlechthin, sondern der Waffenabzug von der Frontlinie ins rückwärtige Gebiet“, so Puschilin. Ihm zufolge ist die Einschätzung der OSZE dazu „ungerecht“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30339/85/303398590.jpg>